Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 17 (1937-1938)
Heft: 11

Artikel: Deutschland als Handelspartner
Autor: Reele, Jeanne
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-333162

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wenn es in den letzten Jahren Mode geworden ist, dem Volk die Einsicht absprechen zu wollen, daß es nicht reif sei, über gewisse Fragen abzustimmen, so widerlegen die Erfahrungen dieses Urteil.

Vor 50 Jahren hatte man im Aargau noch die Bestimmung, daß bei jeder kantonalen Gesetzesvorlage die Gemeindeversammlung einberufen werden mußte und eine Diskussion über die Vorlage gestattet war; zum Schluß wurden dann die Stimmzettel eingesammelt. Das war offenbar ein Unikum. Aber nicht ohne Grund hatten die Liberalen diesen Gesetzesparagraphen geschaffen. Sie wollten namentlich in kleineren Gemeinden sich eine persönliche Aufklärungsmöglichkeit sichern, dies um um so mehr, da ja in der Kulturkampfzeit die Kanzel für die konservativen Ziele eifrig benutzt worden ist. Heute wäre eine solche Gesetzesbestimmung in größeren Gemeinden nicht mehr durchführbar; sie wäre auch veraltet; ob sie nicht gelegentlich doch noch von Wert wäre?

Aus meiner Landlehrerzeit bleiben mir noch Aussprüche in Erinnerung, wonach in den Bauerngemeinde-Versammlungen gelegentlich auch einmal ein Gläubiger seinem Schuldner gedroht habe, wenn er nicht nach des erstern Meinung stimme, so werde er ihm dann schon daran denken. Dieses Unterdrucksetzen mag vielleicht auch heute noch etwa vorkommen. Durch geheime Abstimmungen, die in jeder Versammlung verlangt werden können, kann solchen Machinationen vorgebeugt werden. In großen Versammlungen ist das Ins-Auge-Fassen nicht gut möglich, dazu kommt, daß die politische Moral doch derart entwickelt ist, daß ein Druck auf den Stimmbürger als unmoralisch erachtet wird.

Die Gemeindeversammlungen bilden eine Grundschule für unsere Demokratie. Durch die persönliche Teilnahme wird das Verantwortungsgefühl für die allgemeine Sache geweckt und gestärkt. Jeder weiß, mein Wort, mein Entscheid ist ausschlaggebend. Jeder Anwesende fühlt sich als Gleicher unter Gleichen. Das ist die Grundlage unserer Staatsform und unseres Zusammenlebens, die beide dem Menschen viel mehr Freiheit und Entwicklungsmöglichkeiten bieten als der autoritäre Staat, in dessen Ketten die Menschheit verkümmern muß.

Deutschland als Handelspartner

Von Jeanne Reele.

Auf der Leipziger Frühjahrsmesse im März 1938 hielt der Nachfolger Schachts, der deutsche Reichswirtschaftsminister *Funk*, eine große Rede, in der er die Notwendigkeit eines »neuen Systems des internationalen Handels- und Zahlungsverkehrs« (»ein vernünftiges Clearingsystem«) proklamierte. Funk prägte dort auch ein neues Schlagwort von dem *»konjunktursicheren Handelspartner«*. Der deutsche Reichswirtschaftsminister meinte, wenn er das auch nicht ganz so klar ausdrückte, daß das heutige Deutschland als das Musterbeispiel des konjunktursicheren Handelspartners anzusehen sei und von der übrigen Welt eigentlich demgemäß auch behandelt werden müßte. Auf

der gleichen Tagung betonte der Reichswirtschaftsminister auch, die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik lege den *größten Wert auf eine Steigerung des Außenhandels* und die Verbesserung der Handels- und Zahlungsbedingungen zu den ausländischen Staaten.

Das war gewiß keine Phrase, denn Außenhandel gehört zum kapitalistischen System wie Nahrung zum Leben, und Autarkie bedeutet für diejenigen, die sie proklamieren, immer nur Schutz der eigenen Wirtschaft vor einer gefahrvollen ausländischen Konkurrenz oder auch möglichste Einfuhrunabhängigkeit, vor allem an kriegswichtigen Waren, vom Ausland. Weiterer Rückgang der Außenhandelsbeziehungen bedeutet für fast alle Großstaaten eine Zurückschraubung des heutigen Kultur- und Lebensniveaus auf eine Stufe, an der keine Schicht der Gesellschaft interessiert ist. Die Frage ist nur, *wie* die internationalen Handelsbeziehungen gehoben und wirklich »vernünftig« gestaltet werden können, und ob das nazistische Deutschland wirklich ein so wünschenswert sicherer Partner ist, wie seine heutigen Machthaber das sagen.

Eins muß zugegeben werden: Die Prophezeiungen über ein sehr schnelles Abwirtschaften des Nationalsozialismus und eine unmittelbare Katastrophenwirkung des Hitlerregimes, die 1933 und auch noch 1934 oft von antifaschistischer Seite gemacht wurden, haben sich nicht bewahrheitet. Solche Aeußerungen entsprangen einer zu einfachen, schematischen Auffassung von der Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfte. Aber das besagt keineswegs, daß eine Gesundung oder gar eine Konjunktursicherheit der deutschen Wirtschaft erreicht ist oder unter nazistischer Herrschaft erreicht werden könnte. Die Spannungen und Widersprüche in den Wirtschaftsverhältnissen sind im Gegenteil immer größer geworden. Der Sinn des Nazismus und seine Perspektiven sind nicht der friedliche internationale Wirtschaftsausgleich unter »immer größerem Genußanteil jedes einzelnen«, wie Hitler das in seiner Februar-Reichstagsrede ausführte. Seine wahren Absichten sind vielmehr noch die gleichen, wie sie in »Mein Kampf« entwickelt worden sind: Neue imperialistische Vorstöße und die brutale Niederkonkurrierung der industriell entwickelten übrigen europäischen Staaten. Neben anderem ist das an der deutschen Außenhandels-Entwicklung deutlich erkennbar.

Die Entwicklung des deutschen Außenhandels.

Der deutsche Außenhandel ist, parallel dem Welthandel, gegenüber dem Konjunkturjahr 1929 gewaltig gesunken. Im Krisentiefjahr 1932 lagen Ein- und Ausfuhr zusammen wertmäßig nicht weniger als 61,2 Prozent unter dem Stand von 1929. Nach weiterem Absinken unter dem Hitlerregime und einem Steigen speziell im Jahre 1937, betrug der Umsatz immer nur erst wieder eine Milliarde Mark mehr als 1933.

	Einfuhr (Millionen RM.)	Ausfuhr	Umsatz
1929	13,447	13,483	26,930
1932	4,667	5,739	10,406
1933	4,204	4,871	9,075
1934	4,451	4,167	8,618
1935	4,159	4,270	8,429
1936	4,218	4,768	8,986
1937	5,467	5,912	11,379

Immerhin ist der *Anteil Deutschlands am Welthandel* im vierten Vierteljahr 1937 wieder auf die *10 Prozent* gekommen, die auch 1929 zu verzeichnen waren.

Export-Dumping und neu-imperialistische Expansion.

Das war angesichts der deutschen Devisenknappheit und Auslandsverschuldung nur durch eine sehr bewußte Handels- und Außenpolitik möglich. Am Anfang der Naziherrschaft wurde noch stark mit dem *Autarkie*-Gedanken gespielt, einmal weil die Nazi selbst noch keine rechte Vorstellung hatten, wie der Außenhandel angesichts der deutschen Finanzschwierigkeiten aufrechterhalten werden könnte, zum anderen unter dem Gesichtspunkt der möglichsten Unabhängigkeit im Kriegsfall. Die starke Einfuhrdrosselung, die vorgenommen wurde, führte indes zu gefahrdrohenden Ernährungsschwierigkeiten und zu Rohstoffmangel und Betriebsschwierigkeiten gerade auch in der Rüstungsindustrie. Außerdem reagierte das Ausland mit starker Reduzierung der Abnahme deutscher Waren, die Rebellion der deutschen Exporteure und Großbetriebe, die bisher hauptsächlich auf Export eingestellt waren, wuchs zusehends. So wurde unter Leitung des damaligen Reichswirtschaftsministers Dr. *Schacht eine Schwenkung zur Außenhandelssteigerung* vollzogen. Im Dezember 1935 erklärte Schacht in einer Rede in München öffentlich: »Die deutsche Wareneinfuhr hat eine Stufe erreicht, unter die man nicht gehen kann, wenn wir nicht weitgehend aus Rohstoffmangel vom Weltmarkt ausgeschlossen werden wollen.« Das bedeutete Hinlenkung sowohl auf Einfuhr- wie auf Ausfuhrsteigerung.

Schon 1934 und Anfang 1935 war durch die staatlichen Ueberwachungsstellen und durch verschiedene Devisenverordnungen faktisch ein staatliches *Außenhandelsmonopol* geschaffen worden, durch das eine ganz bewußte Lenkung der Ausfuhr dorthin, wo wichtige Kriegsrohstoffe und Nahrungsmittel zu holen sind, ermöglicht wurde, beziehungsweise noch mehr eine Lenkung der Einfuhr dorther, wo gegenüber einer noch nicht stark entwickelten einheimischen Industrie und gegenüber der Konkurrenz anderer hochentwickelter Industriestaaten noch Aussichten auf eine größere Abnahme deutscher Fertigwaren bestehen. Dabei handelt es sich vor allem um *Fertigwaren;* ihr Anteil an der deutschen Warenausfuhr ist von 70 Prozent 1913 und 72,4 Prozent 1928 auf 82,7 Prozent im Jahre 1937 gestiegen. Freilich muß Deutschland dabei zuweilen Einfuhrpreise und Qualitäten in Kauf nehmen, die nicht die günstigsten Bedingungen am Weltmarkt sind.

Anderseits schafft es durch *Subventionen an die deutsche Exportindustrie* Ausfuhrpreise, die gegenüber andern Staaten ein Dumping darstellen und weit unter den in Deutschland selbst für dieselben Waren bezahlten Preise liegen. Eine Betrachtung der nachstehenden, vom amtlichen Konjunkturforschungsinstitut selbst vorgenommenen Gegenüberstellung von inlandsbestimmten und auslandsbestimmten Preisen zeigt das in krasser Weise.

	Inlandsbestimmte Preise	Auslandsbestimmte Preise
	(1913 = 100) (Monatsdurchschnitt)	
1934	104,4	69,0
1935	104,3	70,0
1936	104,9	75,5
1937	105,0	79,8

(»Statistik des In- und Auslandes.«)

Mit einer solchen systematischen Preisunterbietung haben die deutschen Fertigwaren, an erster Stelle Metallwaren, Maschinen, chemische Produkte, selbst in einigen der hochindustriell entwickelten Staaten, wieder größeren Absatz gefunden, zumal diese, um für ihre Guthaben in Deutschland ein Aequivalent zu bekommen, zum größten Teil auf *Verrechnungs- oder Kompensationsabkommen* eingegangen sind. Wir wollen als Beispiel nur die wachsende deutsche Automobileinfuhr in England anführen, die mit einer Verminderung der amerikanischen Automobileinfuhr in *England* Hand in Hand geht.

Auch in den *nordischen Ländern,* besonders in Schweden, ist dem nazistischen Deutschland auf solche Art die Ausweitung der Handelsbeziehungen gelungen. Sie und England erhalten daher auch ein besonderes Lob in der soeben (1938) in neuer Auflage erschienenen, von Dr. Schacht protektierten Schrift von Reichsbankdirektor Dr. *Eicke:* Warum Außenhandel? Auch mit *Italien* ist eine Intensivierung des Warenaustausches zu verzeichnen, hier vor allem auch aus Gründen des politischen Zusammengehens. Dagegen ist der Handel mit *Frankreich,* der *Tschechoslowakei,* der *UdSSR.* und ganz besonders mit den *USA.* zurückgegangen. Letztere verhalten sich der deutschen Handelspolitik gegenüber sehr reserviert und bestehen meist auf Barzahlung für die von ihnen gelieferten Waren. Neben politisch-strategischen Gründen ist auch das eine Ursache für die bewußte deutsche Hinlenkung auf die Erze, Rohöle usw. verschiedener Balkanstaaten.

Nachstehende Tabellen zeigen die geschilderte Entwicklung, insbesondere die deutsche Durchdringung der *Balkanländer* — mit dem weiteren Ziel der Wiedergewinnung der Bagdadbahn und des Vordringens nach Indien und verbunden mit dem Kampf gegen die Sowjetunion — sowie auch das deutsche Vordringen in *Südamerika* und Afrika.

Anteil an der deutschen Ein- und Ausfuhr in Prozenten

von bezw. nach:	Einfuhr 1933	Einfuhr 1937	Ausfuhr 1933	Ausfuhr 1937
Südosteuropa	6,8	11	5,7	10,1
Randstaaten	2,0	2,9	1,8	2,5
Skandinavische Länder	6,7	8,9	8,7	10,7
Türkei, Irak, Iran, Afghanistan	1,4	2,5	1,1	1,9
China	3,6	1,7	1,6	2,5
Japan, Mandschukuo	0,4	1,7	1,6	2,2
Südamerika	7,3	13,4	4,9	9,0
Mittelamerika	1,9	2,2	0,9	2,0
	1932	1636	1932	1936
Afrika	5,5	6,9	1,9	3,3
USA.	12,7	5,5	4,9	3,6
Holland	5,8	4,0	11,0	8,3
Schweiz	2,0	2,5	7,2	4,7
Frankreich	4,1	2,3	8,4	5,3
England	5,5	6,3	7,8	8,5
Tschechoslowakei	3,0	2,2	4,4	2,9
Oesterreich	1,4	1,8	2,8	2,3
Italien	13,9	4,9	3,9	5,1

Deutscher Anteil an der Ein- und Ausfuhr

1936	Einfuhr	Ausfuhr	1936	Einfuhr	Ausfuhr
Bulgarien	61,6 %	47,6 %	Türkei	54,0 %	45,0 %
Rumänien	37,0 %	19,0 %	Lettland	39,0 %	30,5 %
Jugoslawien	26,8 %	23,7 %	Estland	29,8 %	22,5 %
Ungarn	25,8 %	23,1 %	Dänemark	25,3 %	20,3 %
Griechenland	22,6 %	36,4 %	Schweden	23,9 %	15,8 %

In *Brasilien* ist Deutschlands Anteil an der Einfuhr von 12 Prozent im Jahre 1933 auf 23,5 Prozent im Jahre 1936 gestiegen, während der englische Anteil dort von 19,4 auf 11,3 Prozent sank. In *Chile* hat sich die deutsche Einfuhr seit 1932 verfünffacht, die englische dagegen nur verdoppelt und die der USA. verdreifacht. In *Argentinien,* wo die USA. heute noch am meisten vordringen mit Eisen-, Stahl-, Maschinenlieferungen usw., nahm Deutschland 1936 den dritten Platz der einführenden Staaten ein gegenüber dem fünften im Jahre 1935. — Besonders zugunsten Deutschlands, ferner Englands und Japans haben Frankreich, die Tschechoslowakei, aber auch Italien an Prozentanteil am Welthandel Einbuße erfahren. Zum Teil gilt das auch für den Rückgang des Weltanteils der Vereinigten Staaten von Amerika, doch haben diese durchaus noch die Kraft, wieder kräftig in Konkurrenz zu treten.

Das nazistische Deutschland ist sich hierüber durchaus klar. Im amtlichen Vierteljahrsheft für Konjunkturforschung (1937/38, Heft 3, S. 323) wird zum Beispiel mit Nachdruck auf den englischen und amerikanischen »Wettbewerb« hingewiesen und deshalb die Devise auf-

gestellt: *Unbedingte Voranstellung der Ausfuhrinteressen gegenüber dem Inlandsabsatz!* Auch darüber, daß dieser wirtschaftliche Konkurrenzkampf sich ständig verschärfen muß — gerade auch durch die steigende Industrialisierung der bisher noch nicht so entwickelten Gebiete im Gefolge dieses Kampfes —, sind die Machthaber in Deutschland sich klar. Die Zeitschrift »Der deutsche Volkswirt« ließ schon vor zwei Jahren die Katze aus dem Sack, indem sie zur Frage der deutschen *Kolonialforderungen* folgenden Beitrag lieferte:

> »In erster Linie hofft man durch den Erwerb von Kolonien die Sicherstellung von *kriegswichtigen* Rohstoffen zu erreichen ... Des weiteren bieten die Kolonien die Möglichkeit zum Aufbau einer *Kolonialarmee,* bestehend aus den Angesiedelten und Eingeborenen, die man unter Umständen auf dem Kriegsschauplatz des Mutterlandes als zusätzliche Formationen einsetzen kann, wie es Frankreich tut.«

Die in Deutschland Herrschenden rechnen bestimmt mit dem Krieg als Konsequenz ihres imperialistischen Strebens. Sie wissen daher auch, daß von einer Vertragssicherheit und Partnersicherheit in den Handelsbeziehungen in Wirklichkeit keine Rede ist.

Die inneren Auswirkungen der deutschen Außenhandelspolitik.

Der schon behandelte Unterschied zwischen sehr hohen deutschen Inlands*preisen* und möglichst niedrigen Auslandspreisen bedeutet eine riesige Belastung der innerdeutschen Bevölkerung. Die staatlichen Subsidien für die Exporteure, die im Durchschnitt auf 40 Prozent der Exportpreise berechnet werden, werden ebenfalls aus den breiten Bevölkerungsschichten wieder herausgepreßt. *Verschärfter Steuerdruck, Lohnabbau,* staatliche Beleihung der Sparkassen, Versicherungsinstitutionen usw. durch Aufzwingung seiner Sonderwechsel und Anleihen sind die Folge. Wenn gegenüber einer Ausfuhrverminderung von 1929 bis 1937 um 56,3 Prozent auch eine Produktionssteigerung von 16,9 Prozent steht, so kommt diese nicht den breiten Massen der Bevölkerung zugute, sondern ist unproduktive *Rüstungsproduktion.* Das zeigt unter anderm der amtlich berechnete deutsche Produktionsindex an, der für die Produktionsgüterindustrie bis Ende 1937 auf 135,8 aufrückte (1928 = 100), dagegen für die Konsumtionsmittelindustrien nur auf 110,6. Außerdem hat die seriöse englische Zeitschrift »The Banker« aus sonstigen deutschen Angaben berechnet, daß die deutschen Rüstungsausgaben 1937 nicht weniger als 21,16 Prozent des Volkseinkommens ausmachten, gegenüber zum Beispiel 4,28 Prozent 1933, das heißt im ersten Jahre der Hitlerherrschaft.

Es läßt sich weiter aus den amtlichen deutschen Statistiken (Beschäftigtenzahlen, insgesamt ausbezahlte Lohn- und Gehaltssummen, Abzüge, Preisverteuerung usw.) errechnen, daß der *Reallohn* des einzelnen Arbeiters und Angestellten in Deutschland sogar gegenüber dem Krisentiefjahr 1932 im Durchschnitt noch *um 30 Prozent gesunken* ist. Dabei wird die Steuerschraube immer fester gepreßt, und die ständige Predigt der deutschen Wirtschaftsexperten ist: *Sparen!*

Die »Nationalsozialisten« meinen, eine besondere Entdeckung gemacht zu haben, wenn sie sagen, daß die Wirtschaftsfragen zugleich politische Fragen sind. Gerade deshalb ist auch von innen her gesehen das nazistische Deutschland durchaus kein sicherer Außenhandelspartner. Es ist eine ständig offene Frage, wie lange die breiten Massen der Bevölkerung, auf deren Rücken das innere und äußere »Wirtschaftswunder« sich abspielt, die Auspressung und Gewalt des Nazismus dulden werden.

Diktaturen pflegen freilich in Friedenszeiten durchzuhalten, dagegen sind sie um so weniger dem Druck langer Kriege gewachsen, wie das Beispiel des zaristischen Rußland gezeigt hat.

NEUE BÜCHER

Dr. Max Weber, **Gegenwartsfragen der schweizerischen Wirtschaft.** (96 Seiten.) Verlag Francke, Bern.

Der Untertitel dieser neuesten wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung des Genossen Max Weber mit den Gegnern einer systematischen Konjunkturpolitik deutet durch zwei Fragen an, welche Probleme beantwortet werden sollen. Die beiden Fragen lauten:

Ist die Abwertung der Schweiz gelungen?

Was bleibt noch zu tun?

Die Schrift stellt also die wirtschaftlichen Ergebnisse der Abwertung dar, von denen kein Unvoreingenommener behaupten könnte, daß sie im ganzen ungünstig gewesen seien. Im Gegenteil! Auch wir seinerzeitigen Gegner der Abwertung müssen zugeben, daß sich zum Teil unerwartet gute Erfolge eingestellt haben. Freilich wird man sofort beifügen müssen, daß diese Erfolge durch erneute Abwertungen sich nicht vermehren lassen, sondern daß eine Politik systematischer Arbeitsbeschaffung und eine umfassend wirksame Tätigkeit im Gebiet unserer Handelsbeziehungen zum Ausland sich anschließen muß, wenn die Krisenerleichterung des Jahres 1937 nicht allmählich zu einer neuen Verschärfung führen soll. Max Weber setzt das alles mit gewohnter Gewissenhaftigkeit und jener großen Sachkenntnis fest, die ihn als einen unserer besten Kenner der schweizerischen Wirtschaft auszeichnen. Es handelt sich dabei gleichzeitig um die denkbar aktuellste Veröffentlichung aus diesem Gebiet.

Die Schrift sei allen unseren Vertrauensmännern, besonders aber unseren Referenten und den kantonalen und schweizerischen Parlamentariern aller Richtungen als anziehende und wertvolle Ferienliteratur aufs nachdrücklichste empfohlen. -o-

Sir Walter Citrine auf Wahrheitssuche in Rußland. (407 Seiten.) Jean-Christophe-Verlag, Zürich.

Viel Feuilleton und viel tatsächliche Dokumentierung zugleich! In allem die Zubereitung, wie sie für einen Engländer geradezu selbstverständlich ist.

Das Buch schließt mit einer Fragestellung. Wir geben sie hiernach wieder:

»Bei einem Rückblick auf die bittere Phase, durch die jetzt die Russische Revolution hindurchgeht, darf man die schreckliche Zeit der Tyrannei nicht außer acht lassen, in der die russischen Bolschewiki zusammen mit anderen revolutionären Elementen in Rußland geboren und aufgewachsen sind. Es ist begreiflich, daß sich das in dem erbarmungslosen Kampf der ersten Revolutionsjahre widergespiegelt hat. Es war auch unvermeidlich, daß diese Vergangenheit das Verhalten der kommunistischen Führer beeinflußte. Aber die zwanzig Jahre seit der kommunistischen Machtergreifung hätten eigentlich genügen sollen, um einen Wandel sichtbar werden zu lassen.

Sind wir jetzt an diesem Punkt an-